

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 04 | 27.01.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 35/2017](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über das Alternative Bewährungssystem mittels Alkoholwegfahrsperre (**Führerscheingesetz-Alternative Bewährungssystemverordnung** – FSG-ABSV)

[BGBl III 6/2017](#)

Abkommen zwischen der Republik **Österreich** und der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** über die Aufhebung des Abkommens vom 13. April 2012 zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die **Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt**

[BGBl III 7/2017 \(Anlage\)](#)

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Französischen Republik über die **Rechtsstellung** von Angehörigen des **österreichischen Bundesheeres** während ihres **Aufenthaltes** in der Französischen Gebietskörperschaft **Guyana**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 21 v 26.01.2017, 1](#)

Verordnung (EU) 2017/128 der Kommission vom 20. Januar 2017 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 338/97 des Rates über den **Schutz** von Exemplaren **wildlebender Tier- und Pflanzenarten** durch Überwachung des Handels

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

29.11.2016, [E 2151/2015](#)

BFA-VerfahrensG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch die **Nichtgewährung eines Aufenthaltstitels** aus Gründen des Privat- und Familienlebens, die **Rückkehrentscheidung** und das **Einreiseverbot** betreffend eines nigerianischen Staatsangehörigen wegen verfassungswidriger Interessenabwägung sowie durch die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung wegen Gesetzlosigkeit; im Übrigen Ablehnung der Beschwerde

02.12.2016, [G 105/2015](#)

Wr Leichen- und BestattungsG; Abweisung des zulässigen Individualantrags eines privaten Bestatters auf Aufhebung von Bestimmungen des Wr Leichen- und BestattungsG über die **verpflichtende Unterbringung von Leichen in der Leichenkammer einer Bestattungsanlage** und die Aufbahrung für die Dauer der Trauerzeremonie; kein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz und die Erwerbsausübungsfreiheit; Regelungen im öffentlichen Interesse gelegen; keine Überschreitung des rechtspolitischen Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers; Zurückweisung des Antrags hinsichtlich von Bestimmungen betreffend die Errichtung und Gestaltung von Bestattungsanlagen

12.12.2016, [V 49/2015](#)

Stmk RaumordnungsG; Zurückweisung eines Gerichtsantrags mangels Präjudizialität von Bestimmungen der Verordnung betreffend ein **Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie** in einem Amtshaftungsverfahren; bekämpfte Rechtsvorschriften ausschließlich an Gemeinden adressiert

12.12.2016, [V 164/2015](#)

BauO für Wien; keine Gesetzwidrigkeit der **Widmung eines Grundstücks als Verkehrsfläche** in einem Wiener Plandokument; **Interessenabwägung** zwischen privaten Interessen der Grundeigentümer und öffentlichen Interessen vorgenommen

12.12.2016, [G 93/2016](#)

Bauern-SozialversicherungsG; Antrag des OGH auf Aufhebung der Bestimmung zur **Teilung des Pensionsanspruchs zwischen Eheleuten**, wenn beide einen landwirtschaftlichen Betrieb für zumindest zehn Jahre gemeinsam geführt haben; keine Verletzung des Gleichheitssatzes sowie der Unversehrtheit des Eigentums; die Regelung funktioniert als **Überbrückungshilfe**, die ohnehin nur zur Anwendung komme, solange der eine Partner bereits eine Pension in Anspruch nehmen könne, der Andere (in der Regel die Ehegattin) allerdings noch nicht

12.12.2016, [G 258/2016 ua](#)

Gesetz betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten; Verstoß der übergangslosen Einführung einer **Bewilligungspflicht** für die **gewerbsmäßige Vermittlung** von Wettkunden gegen die Erwerbsausübungsfreiheit

12.12.2016, [G 650/2015 ua](#)

GlücksspielG; keine Gleichheitswidrigkeit der Bestimmung über eine **Glücksspielabgabe auf Glücksspiele im Rahmen von Gewinnspielen** (Preisausschreiben) ohne vermögenswerte Leistungen; festgelegter Besteuerungsgegenstand und Steuersatz nicht unsachlich

12.12.2016, [E 580/2016](#)

VereinsG; keine Verletzung der Vereinsfreiheit durch Zurückweisung der Beschwerde eines ehemaligen Mitglieds gegen die **Auflösung eines Vereins** mangels Vollbeendigung des aufgelösten Vereins; vollständiger Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins erst mit Eintragung der Beendigung der Abwicklung im Zentralen Vereinsregister

12.12.2016, [E 583/2016](#)

VereinsG; Verletzung eines Vereins im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter durch Zurückweisung der **Beschwerde** der, für die Vertretung im Verfahren zur Vereinsauflösung gerichtlich bestellten, Abwesenheitskuratorin **gegen den Auflösungsbescheid** als verspätet; Auslösung der vierwöchigen Rechtsmittelfrist erst durch die rechtswirksame Zustellung des Auflösungsbescheids an die Kuratorin

12.12.2016, [E 931/2016](#)

FremdenpolizeiG; **BVG über den Schutz der persönlichen Freiheit**; Verletzung im Recht auf Freiheit und Sicherheit (persönliche Freiheit) mangels Entscheidung des BVwG über die **Aufrechterhaltung des Freiheitsentzugs** binnen einer Woche; teils Abweisung, Ablehnung und Zurückweisung der Beschwerde

12.12.2016, [E 952/2016](#)

KraftfahrG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Verhängung einer Verwaltungsstrafe wegen einer **Geschwindigkeitsüberschreitung**; vertretbare Annahme der Verletzung der **Mitwirkungspflicht des Beschwerdeführers**; keine Bestrafung wegen Nichtbeantwortung einer Lenkeranfrage

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

12.10.2016, [Ra 2016/18/0119](#)

AsylG; ein Asylwerber ist grundsätzlich von einem **Organwalter desselben Geschlechts** einzuvernehmen, wenn der Asylwerber vorbringt, wegen Eingriffe in die sexuelle Selbstbestimmung geflüchtet zu sein; mit dieser Regelung sollen Hemmschwellen abgebaut werden, über das Erlebte (oder Befürchtete) zu berichten; es ist jedoch nicht erforderlich, dass über die Einvernahme hinaus auch die Erlassung der Entscheidung durch einen Organwalter desselben Geschlechts erfolgt

19.10.2016, [Ra 2015/12/0041](#)

Beamten-DienstrechtsG; Ruhestandsversetzung eines Beamten; grundsätzlich kommt es für die Feststellung der Wertigkeit eines Arbeitsplatzes auf die wirksam zugewiesenen Arbeitsplatzaufgaben an; dafür ist nicht der nach Organisationsnormen gesollte Zustand, sondern die auf Grund der herrschenden Weisungslage tatsächlich dauernd zu verrichtende Tätigkeit maßgeblich; dies gilt auch für die Beurteilung der Frage, von welcher aktuellen Verwendung als **Maßstab** für weitere Personalmaßnahmen und konkret auch **für die Primärprüfung** im Verfahren über die **Ruhestandsversetzung** auszugehen ist

14.12.2016, [Ra 2016/19/0303](#)

Dublin III-VO; **Vorabentscheidungsersuchen** an den EuGH betreffend die Dublin III-VO (VO [EU] 604/2013); ist für das Verständnis von Art 2 lit m, Art 12 und Art 13 Dublin III-VO auf andere Rechtsakte, zu denen die Dublin III-VO Berührungspunkte aufweist, Bedacht zu nehmen oder ist diesen Bestimmungen eine davon losgelöste Bedeutung beizumessen; zudem stehen weitere Fragen zur Spezifizierung im Raum

15.12.2016, [Ra 2015/11/0059](#)

WaffenG; Ausnahmegewilligung für einen **fahrfähigen Radpanzer**; bei der Erteilung einer **Ausnahmegewilligung** handelt es sich um eine Ermessensentscheidung; ggst war für den VwGH nicht erkennbar, dass der Bundesminister das ihm eingeräumte Ermessen nicht im Rahmen des Gesetzes geübt hätte; dieser war davon ausgegangen, das Sammlerinteresse des Antragstellers überwiege nicht das öffentliche Interesse an der Hintanhaltung von sicherheitspolizeilichen Gefährdungen, die vom Besitz des Panzers ausgehen

21.12.2016, [Ra 2016/04/0045](#)

BundesvergabeG; **Pauschalgebührenersatz** in einem vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren; im Fall der Klaglosstellung besteht ein Anspruch auf Ersatz der für den Antrag auf einstweilige Verfügung entrichteten Gebühr auch dann, wenn dem Antrag auf einstweilige Verfügung deshalb nicht stattgegeben wurde, weil der **Antrag vor der Entscheidung** darüber **zurückgezogen** wurde

21.12.2016, [Ra 2016/10/0106](#)

SchulunterrichtsG; keine **Widerspruchsmöglichkeit** gegen die Entscheidung einer Schulbehörde aus § 40 Abs 1 SchulunterrichtsG ableitbar; die dem Widerspruch unterliegenden Angelegenheiten in § 71 Abs 1 und 2 leg cit sind taxativ aufgezählt; die **Nichtbeurteilung** von Teilprüfungen oder Prüfungsgebieten wegen vorgetäuschter Leistungen findet sich in dieser Aufzählung nicht

21.12.2016, [Ro 2016/10/0004](#)

B-VG; Hochschülerinnen- und HochschülerschaftsG; da die **Aufsicht** über die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft sowie über die Hochschülerinnen- und Hochschülerschaften an den Universitäten nach dem kompetenzrechtlich auf Art 14 B-VG basierenden Hochschülerinnen- und HochschülerschaftsG vom Bundesminister sowie im hier ggst Fall von der als Bundesbehörde eingerichteten und diesem unterstellten Kontrollkommission durchgeführt wird, wobei dem Landeshauptmann keinerlei Kompetenzen zukommen, handelt es sich um eine **Angelegenheit der unmittelbaren Bundesverwaltung**, die in den Zuständigkeitsbereich des BVwG fällt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 10.11.2016, [W120 2118059-1](#)

PartG; § 10 Abs 6 PartG enthält die für die **Bemessung einer Geldbuße** relevanten Kriterien; neben den dort ziffernmäßig angeführten Beträgen wird zudem eine Bemessung anhand der „Schwere des Vergehens“ vorgesehen; da eine zusätzliche Anwendung des § 12 Abs 5 leg cit aufgrund historischer Interpretation ausscheidet und bereits die Erfüllung des objektiven Tatbestands für die Verhängung einer Geldbuße genügt, kann man schon deshalb nicht von einem **Verweis auf § 19 VStG** ausgehen

BVwG 01.12.2016, [W136 2134466-1](#)

B-VG; Beschwerde gegen die Abweisung eines Antrags auf Eintragung in die Ärzteliste; **Unzuständigkeit des BVwG**, da ein Selbstverwaltungskörper im übertragenen Wirkungsbereich in einer Angelegenheit, die in mittelbarer Bundesverwaltung zu vollziehen ist, entschieden hat; dies kann nicht als Fall der unmittelbaren Bundesverwaltung iSd Art 131 Abs 2 B-VG betrachtet werden

LVwG NÖ 01.12.2016, [LVwG-AV-1093/001-2016](#)

VwGVG; § 7 Abs 3 VwGVG ist nur auf Parteien anzuwenden, deren **Parteistellung** im Verfahren unstrittig war und die auch tatsächlich dem Verwaltungsverfahren beigezogen worden sind; da diese Norm **iSd § 26 Abs 2 VwGG „alt“ auszulegen** ist, kann derjenige nicht Beschwerde erheben, dessen Parteistellung im Verfahren überhaupt nicht thematisiert wurde

LVwG NÖ 23.12.2016, [LVwG-AV-681/001-2016](#)

VwGVG; das vom Gesetzgeber eingeräumte Ermessen betrifft nicht die Frage, ob generell Beschwerdeentscheidungen getroffen werden, sondern nur, ob in einem konkreten Einzelfall eine solche Entscheidung getroffen wird oder nicht; es liegt damit **nicht im Ermessen der Behörde, Beschwerdeentscheidungen generell zu verweigern**; ein in diese Richtung zielender Beschluss leidet an einem Ermessensfehler, der seine Aufhebung rechtfertigt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[25.01.2017, Rs C-367/15, Stowarzyszenie Oławska Telewizja Kablowa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2004/48/EG – Art 13 – **Geistiges und gewerbliches Eigentum** – Verletzung – Schadensersatzberechnung – Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats – **Doppelter Betrag** der normalerweise **fälligen Gebühren**

[25.01.2017, Rs C-375/15, BAWAG](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2007/64/EG – **Zahlungsdienste im Binnenmarkt** – Rahmenverträge – **Allgemeine vorvertragliche Unterrichtung** – Erfordernis der Unterrichtung auf Papier oder einem anderen dauerhaften Datenträger – **Übermittlung von Informationen** über eine Mailbox auf einer Website für Electronic-Banking

[25.01.2017, Rs C-582/15, van Vemde](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Gegenseitige Anerkennung von Urteilen** – Rahmenbeschluss 2008/909/JI – Anwendungsbereich – Art 28 – Übergangsbestimmung – Begriff ‚Ergehen des **rechtskräftigen Urteils**‘

[25.01.2017, Rs C-640/15, Vilkas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Art 23 – **Frist für die Übergabe der gesuchten Person** – Möglichkeit, mehrmals ein neues Übergabedatum zu vereinbaren – **Widerstand der gesuchten Person** gegen ihre Übergabe – Höhere Gewalt

[25.01.2017, Rs C-679/15, Ultra-Brag](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – **Entstehung einer Zollschild** infolge des **vorschriftswidrigen Verbringens von Waren** – Begriff des Zollschildners – Für das vorschriftswidrig erfolgte Verbringen der Waren zuständig Mitarbeiter einer juristischen Person – Bestimmung einer **betrügerischen Absicht** oder einer **offensichtlichen Fahrlässigkeit**

[26.01.2017, Rs C-604/13 P, Aloys F Dornbracht / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmerausstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Obergrenze von 10 % des Umsatzes – **Leitlinien** für das Verfahren zur **Festsetzung von Geldbußen** von 2006 – Rückwirkungsverbot – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung – **Überlange Verfahrensdauer**

[26.01.2017, Rs C-609/13 P, Duravit ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmerausstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 31 – Begründungspflicht

[26.01.2017, Rs C-611/13 P, Hansa Metallwerke ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmerausstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Obergrenze von 10 % des Umsatzes – Begründungspflicht – Vertrauensschutz

[26.01.2017, Rs C-613/13 P, Kommission / Keramag Keramische Werke ua et Sanitec Europe](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmerausstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Begründungspflicht

[26.01.2017, Rs C-614/13 P, Masco ua / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmerausstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Begründungspflicht

[26.01.2017, Rs C-618/13 P, Zucchetti Rubinetteria / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Obergrenze von 10 % des Umsatzes“

[26.01.2017, Rs C-619/13 P, Mamoli Robinetteria / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Kronzeugenregelung – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Obergrenze von 10 % des Umsatzes – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[26.01.2017, Rs C-625/13 P, Villeroy & Boch / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Beschluss, mit dem eine Zuwerdhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum festgestellt wird – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – **Einheitliche Zuwerdhandlung** – Beweis – Geldbußen – Unbeschränkte Nachprüfung – Angemessene Verfahrensdauer – Verhältnismäßigkeit

[26.01.2017, Rs C-626/13 P, Villeroy & Boch Austria / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Beschluss, mit dem eine Zuwerdhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum festgestellt wird – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – **Einheitliche Zuwerdhandlung** – Beweis – Geldbußen – Unbeschränkte Nachprüfung – Angemessene Verfahrensdauer – Verhältnismäßigkeit

[26.01.2017, Rs C-636/13 P, Roca Sanitario / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Begründungspflicht – Grundsatz der Gleichbehandlung – Verhältnismäßigkeit – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[26.01.2017, Rs C-637/13 P, Laufen Austria / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 Abs 2 – Obergrenze von 10 % des Umsatzes – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – Begründungspflicht – **Grundsatz der Gleichbehandlung** – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[26.01.2017, Rs C-638/13 P, Roca](#)

Rechtsmittel – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen – **Grundsatz der Gleichbehandlung** – Ausübung der Befugnis zu unbeschränkter Nachprüfung

[26.01.2017, Rs C-642/13 P, Villeroy & Boch - Belgium / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartelle** – Belgischer, deutscher, französischer, italienischer, niederländischer und österreichischer **Markt für Badezimmersaunstattungen** – Beschluss, mit dem eine Zuwerdhandlung gegen Art 101 AEUV und Art 53 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum festgestellt wird – Koordinierung der Verkaufspreise und Austausch sensibler Geschäftsinformationen – **Einheitliche Zuwerdhandlung** – Beweis – Geldbußen – Unbeschränkte Nachprüfung – **Angemessene Verfahrensdauer** – Verhältnismäßigkeit

24.01.2017, Beschwerde Nr [25358/12](#), *Paradiso und Campanelli / Italien (GK)*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); konventionskonforme Übernahme des neunmonatigen **Kinds** der Bf, das in Russland von einer **Leihmutter** geboren worden war, in die **staatliche Obhut**; Unregelmäßigkeiten in Bezug auf Geburtsurkunde; **keine biologische Verbindung** sowie (noch) **keine familiäre Bindung** zwischen Kind und Eltern; hinreichende Interessenabwägung im Rahmen des staatlichen **Ermessensspielraums**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.